

Verhältnis zur EU steht im Zentrum des Besuchs

Am Donnerstag kommt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Bern – die Erwartungen sind hoch

Von Christian Keller

Bern/Basel. Wenn Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga am Donnerstag über den roten Teppich schreitet, dann zusammen mit einem Gast, der zuletzt vor sieben Jahren offiziell die Schweiz besuchte. Endlich kommt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel wieder nach Bern – seit ihrer letzten Dienstvisite im 2008 haben sich Europa und die Welt stark verändert.

Auf Schweizer Seite wird viel Hoffnung in die eintägige Zusammenkunft gesetzt. Schliesslich ist Merkel nicht nur Regierungschefin des wichtigsten Handelspartners, sondern auch eine mächtige, wenn nicht die mächtigste Stimme innerhalb der Europäischen Union. Politiker und Wirtschaftsverbände bauen darauf, dass bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative (MEI) auf den deutschen Partner Verlass sein wird. «Merkel wird wohl kaum von der Personenfreizügigkeit abrücken. Sie ist aber eine Schlüsselperson, wenn es darum geht, gegenüber der EU die Position der Schweiz zu erklären», sagt FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission (APK). Die St. Gallerin erwartet vom Bundesrat, dass er gegenüber der Bundeskanzlerin selbstbewusst auftritt. «Deutschland hat Interesse an guten Beziehungen, zumal bekanntlich viele deutsche Grenzgänger in der Schweiz arbeiten und hier ihren Lebensunterhalt verdienen.»

Eigenen Standpunkt erklären

Auch der Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli, er nimmt ebenfalls Einsitz in der APK, fordert von der Landesregierung klare und ehrliche Botschaften. «Merkel muss aufgezeigt werden, dass die Zuwanderung für die Schweiz zum Problem geworden ist, weil die Zahlen die Annahmen massiv übertreffen – hauptsächlich wegen den Deutschen, bei denen die Schweiz als



Premiere vor sieben Jahren. Angela Merkel bei ihrem ersten offiziellen Staatsbesuch in der Schweiz. Damals ging es noch um Fluglärm. Foto Keystone

Berufsort hoch im Kurs steht.» Der Bundesrat müsse hervorheben, dass das Volk nach einer Abstimmung vom vertraglich zugesicherten Recht Gebrauch mache, eine Korrektur vorzunehmen. «Es gilt gleichzeitig zu betonen, wie viel die Schweiz für seine umliegenden Länder leistet. Die Neat ist im Interesse des Auslands, kostet uns aber 24 Milliarden Franken», so Mörgeli.

Generell werden an die Gespräche mit dem deutschen Oberhaupt hohe Erwartungen geknüpft – gerade in Sachen bilaterale Verträge und Personenfreizügigkeit. Es werde schwierig werden und Geduld brauchen, sich mit der EU überhaupt an einen Tisch setzen zu können, sagt Jan Atteslander, Leiter Aussenwirtschaft vom Wirtschaftsverband Economiesuisse zur BaZ. «Vor diesem Hintergrund ist Merks Anwesenheit in Bern von hoher Wichtigkeit.» In der MEI-Problematik sei es für beide Seiten von Bedeutung, dass eine einver-

nehmliche Lösung gefunden werde. «Denn seit der Annahme der Initiative herrscht in unserer Europapolitik nicht mehr der «courant normal.» Economiesuisse strebt eine verfassungskonforme und europaverträgliche Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative an.

Mit Spannung blicken auch Vertreter der Grenzregion Basel nach Bern. Marc Jaquet, Unternehmer und Präsident des Basler Arbeitgeberverbandes, würde von Merkel gerne Lösungsvorschläge hören, wie sich das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU künftig gestalten soll. Daran ist auch der Basler Regierungspräsident Guy Morin (Grüne) interessiert. «Für die Region Basel sind die Grenzgänger von essenziellem Wert. Wir setzen uns gemeinsam mit anderen Kantonen dafür ein, dass sie von der geplanten Kontingentierung ausgeklammert werden. Ich gehe davon aus, dass uns Frau Merkel bei diesem Anliegen unterstützt. Ein sta-

biles und verlässliches Verhältnis zur EU ist für unsere Unternehmen existenziell.» Er würde sich freuen, wenn die Bundeskanzlerin zum Ausdruck brächte, gegenüber der Schweiz freundlich gestimmt zu sein.

Schweizer Banken schützen

Die Europafrage wird das Treffen mit dem deutschen Staatsoberhaupt dominieren. Daneben gibt es aber eine Reihe anderer Themen, von denen gewünscht wird, dass sie zur Sprache kommen. Das «inakzeptable Verhalten», welches beispielsweise das Bundesland Nordrhein-Westfalen in Sachen Auslieferung von Steuerdaten an den Tag lege, müsse aufs Tapet kommen, verlangt die Schweizerische Bankiervereinigung. Der Bundesrat müsse sein Missfallen ausdrücken. Thomas Sutter, Leiter Kommunikation, sagt zur BaZ: «Die Schweizer Banken mit Briefen und Fragebogen zur Herausgabe von Infor-

mationen über ihr deutsches Geschäft zu drängen, muss zurückgewiesen werden. Die Schweiz ist ein souveräner Staat, Schweizer Recht muss geschützt werden. Diese Haltung sollte der Bundesrat gegenüber der deutschen Bundeskanzlerin klar deponieren.» Wenn Bundesländer Auskünfte erhalten wollten, so Sutter, dann sollten sie das Mittel der Rechtshilfe ergreifen. «Das muss die Botschaft sein.»

Ständerätin Karin Keller-Sutter möchte ausserdem Neuigkeiten zum Flugverkehr-Dossier erfahren. Die Schweiz hat den Staatsvertrag im Parlament abgesegnet, Deutschland allerdings bis jetzt nicht. Sie habe den Eindruck, dass dieses politische Geschäft auf die lange Bank geschoben wird. «Gerne würde ich von Merkel wissen, weshalb mit einem Nachbarstaat auf diese Weise verfahren wird. Wieso handelt man einen Vertrag aus und ratifiziert ihn dann nicht?»

«Marschhalt ist ein absolutes No-Go»

Schweizer Unternehmen machen sich für die Energiestrategie 2050 stark

Bern. Die Energiestrategie 2050 spaltet die Wirtschaft. Bisher waren vor allem die Kritiker zu hören, nun melden sich die Befürworter zu Wort. Sie gehen damit auf Distanz zu Economiesuisse, die einen Marschhalt fordert. «Ein Marschhalt ist ein absolutes No-Go», sagte Wolfgang Schwarzenbacher, Chef der Gebäudetechnik-Firma Cofely, gestern Freitag vor den Medien in Bern. Die Befürworter der Energiestrategie aus der Wirtschaft haben sich zur Allianz «Schweizer Wirtschaft für die Energiestrategie 2050» zusammengeschlossen und starten unter dem Motto «Dranbleiben» eine Informationskampagne.

Sie wollen aufzeigen, dass der Umbau des Energiesystems nicht nur wünschbar, sondern auch machbar und finanzierbar ist. Mit dabei sind Branchenverbände wie Holzbau Schweiz und Are Suisse, die Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, aber auch Stromversorger wie die BKW und die in Swisstopower zusammengeschlossenen Stadtwerke. Auf der Liste finden sich auch die SBB und Tourismusunternehmen.

Die beteiligten Unternehmen zeigen sich überzeugt, dass an der Energiestrategie 2050 kein Weg vorbei

führt. Die Schweiz werde damit langfristig aus der Abhängigkeit von fossilen und nuklearen Energieträgern befreit, hält die Allianz fest. Die Steigerung der Energieeffizienz und der schrittweise Ausbau erneuerbarer Energien sicherten den Wohlstand. Die Energiestrategie sei ein «wirtschaftsfreundliches Generationenprojekt».

Arbeitsplätze dank Energiewende

Schwarzenbacher sprach gar von einem «Konjunkturprojekt». Die Energiewende, die bereits stattfindet, schaffe Arbeitsplätze. Angesichts der heute niedrigen Sanierungsrate sei eine Sanierungswelle zu erwarten und diese werde sich lohnen. Das Energiesparpotenzial sei riesig, über 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs gehe auf das Konto der Gebäude.

Für jene Stimmen aus der Wirtschaft, die vor den Kosten warnen, haben die Befürworter der Energiestrategie wenig Verständnis. Hans Rupli, Präsident von Holzbau Schweiz, warf ihnen kurzfristiges Denken vor. Es gehe um Investitionen in die Zukunft, welche mittel- und langfristig die Wettbewerbsfähigkeit sicherten. Natürlich könne man den Vertretern der Energie- und

Gebäudebranche vorwerfen, sie unterstützten die Energiestrategie, weil sie davon profitierten, sagte Rupli. Doch es gehe auch um den volkswirtschaftlichen Nutzen und um Verantwortung.

Ab Montag werden Plakate der «Schweizer Wirtschaft für die Energiestrategie 2050» zu sehen sein. Die Allianz hat sich zum Ziel gesetzt, einfach und konkret über deren Nutzen zu informieren. Sie will aufzeigen, was heute bereits möglich ist. Dabei hat die Allianz durchaus auch schon einen möglichen Abstimmungskampf im Hinterkopf, wie Kurt Frei, Chef der Firma Flumroc, sagte.

Vorerst ist das Parlament am Zug: In der Herbstsession befasst sich der Ständerat mit der Energiestrategie. Seine Kommission hat die Vorlage ohne Gegenstimmen angenommen, aber etliche Änderungen angebracht. Anders als der Nationalrat will sie etwa die Laufzeit der ältesten Atomkraftwerke nicht begrenzen. Auch hat sie die Effizienzprämie für Stromversorger gestrichen. Hier wünscht sich die Allianz noch Verbesserungen. Mit der Stossrichtung aber ist sie zufrieden. Die Gegner der Energiestrategie warnen ihrerseits vor Schaden für die Wirtschaft. SDA

Kommentar

Ausser Spesen...

Von Dominik Feusi, Bern



Die Energiestrategie in der Schweiz will wie die Energiewende in Deutschland gleichzeitig aus der Kernkraft aussteigen und

die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern reduzieren, damit weniger Kohlendioxid in die Atmosphäre gerät. Deutschland ist uns um rund fünf Jahre voraus.

Soeben ist bekannt geworden, dass der Anteil der Erneuerbaren am deutschen Primärenergieverbrauch seit 2010 bei rund 10 Prozent stagniert, obwohl jährlich mehr als 20 Milliarden Euro an Subventionen ausgeschüttet werden. Von diesem Zehntel ist der grösste Teil Energie aus Biomasse, Biokraftstoffen und Holz. Die Sonne steuert ein Prozent und die

Windkraft 1,5 Prozent bei. Der Energieverbrauch konnte seit dem Jahr 2000 immerhin um 7 Prozent verringert werden. Wegen sinkender Subventionen sinken seit 2011 die Investitionen in Solaranlagen. Das zeigt: Ohne Geld vom Staat steht die deutsche Energiewende vor dem Aus. Wie in Deutschland ist auch hierzulande der Verkehr der grösste Energieverbraucher. Aber an diesem Thema will sich niemand die Finger verbrennen. Damit rücken die Ziele der Energiestrategie in die Ferne. Was bleibt, ist die Umverteilung von Geld. Angesichts der schlechten Nachrichten aus Deutschland ist verständlich, dass die vereinigten Subventionsjäger von einem «Marschhalt» bei der Energiestrategie in der Schweiz nichts wissen wollen. Die Kampagne will «dranbleiben», um das Geld ins Trockene zu bringen, bevor es zu spät ist.

dominik.feusi@baz.ch

ANZEIGE

FDP
Die Liberalen

Wir kämpfen für die Freiheit und übernehmen Verantwortung.

www.fdp.ch FDP Die Liberalen, Postfach 6136, 3001 Bern

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt - aus Liebe zur Schweiz.